

Bern, 16. Mai 2017

Medienmitteilung

Revision des Beschaffungsrechts

Innovation fördern – Preisdumping verhindern

Im Rahmen der bevorstehenden Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) sollen die Gesetze von Bund und Kantone harmonisiert werden. Die Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen (AföB) macht sich dabei für Anbieter intellektueller Dienstleistungen stark und begrüsst die Harmonisierungsbestrebungen. Einen Wandel der innovationshemmenden Schweizer Vergabekultur bedeutet der Entwurf leider nicht.

Die Schweizer Vergabekultur ist geprägt von einer Preisfokussierung: Beschaffungsskandale und negative Berichterstattung in der Öffentlichkeit zwingen Vergabebehörden oftmals dazu, den Preis als ausschlaggebendes Kriterium zu verwenden. Billiganbieter werden nach erfolgtem Zuschlag aber versuchen, ihre Mindereinnahmen durch Nachträge während der Realisierung auszugleichen, mit Kostenüberschreitungen, rechtlichen Streitereien und Einbussen bei der Qualität – zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Es braucht einen echten Preis-Leistungs-Wettbewerb

Dass das wirtschaftlich günstigste Angebot nicht immer auch das vorteilhafteste sein muss, wissen auch die meisten Beschaffungsstellen. „Wenn das bei den planenden Ingenieuren so weitergeht, zerstören wir unsere heimische Nachwuchskette“, so Heinz Marti, Präsident der Schweizer Ingenieurverbands usic und Co-Präsident der AföB. „Echter Wettbewerb bedeutet Preis-Leistungswettbewerb, dies gilt besonders für intellektuelle Dienstleistungen“, sagt auch Stefan Cadosch, Co-Präsident und Präsident des Schweizerischen Architektenvereins SIA. Beide betonen die Bedeutung der Hebelwirkung intellektueller Dienstleistungen für ein Gesamtprojekt.

Für mehr Weitsicht bei öffentlichen Vergaben – Dumpingangebote bekämpfen

Ihre Allianz, welche 25 Verbände mit über 36'000 Mitgliedern aus Architektur, Baunebengewerbe, Kommunikation und Medizinaldienstleister im Rahmen der Gesetzesrevision vertritt, hat zentrale Anliegen an die Politik. Der Zuschlag soll an das vorteilhafteste und nicht mehr das günstigste Angebot gehen, um bisherige kurzfristige Kostenabwägungen durch eine langfristige, auf die Lebenszykluskosten gerichtete Überlegungen abzulösen. Dadurch erhoffen sich die Branchen ein Signal des Wandels an die herrschende Vergabekultur. Ferner sollen die Instrumente der Vergabebehörden im Kampf gegen Dumpingangebote gestärkt werden, indem die vorgesehene Überprüfung von Tiefpreisangeboten verbindlich wird.

Stärkere Berücksichtigung der Hebelwirkung intellektueller Leistungen

Der innovative Charakter intellektueller Dienstleistungen hat grossen Einfluss auf die Kostenentwicklung eines Gesamtprojekts. Diese Hebelwirkung muss bei der Beschaffung berücksichtigt werden. Weil der Dialog erwartungsgemäss nur bei überaus komplexen Projekten Anwendung findet, braucht es zusätzliche Massnahmen, um der Eigenheit solcher Leistungen gerecht zu werden. Die AföB fordert die Politik dazu auf, bei öffentlichen Beschaffungen für einen echten Preis-Leistungs-Wettbewerb zu sorgen. Für

Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen
Alliance pour des marchés publics progressistes

Effingerstrasse 1 Postfach 3001 Bern +41 31 970 08 88 info@afoeb.ch www.afoeb.ch

intellektuelle Dienstleistungen bedeutet dies, dass deren Preis bezüglich ihrer effektiven Wirkung auf ein Gesamtprojekt beurteilt werden muss.

Download Detailanträge: <http://www.afoeb.ch/argumente/>

Medienkontakt:

Heinz Marti, Co-Präsident, 079 630 15 47, ma@tbf.ch.

Stefan Cadosch, Co-Präsident, 079 434 04 16, cadosch@czarch.ch.

Laurens Abu-Talib, Geschäftsführer, 076 562 94 62, laurens.abu-talib@usic.ch.

Weitere Informationen: www.afoeb.ch.

Die AföB

Die *Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen (AföB)* ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, deren Mitglieder intellektuelle Dienstleistungen an öffentliche Auftraggeber anbieten. Die branchenübergreifende Trägerschaft der Allianz vereint aktuell 22 Mitglieder- und 3 Beobachterverbände aus dem Baunebengewerbe, der Kommunikation und der Medizinaldienstleistung, welche insgesamt über 3'600 Firmen- und mehr als 36'000 Einzelmitglieder vertreten. Die Allianz setzt sich für ein Beschaffungsrecht ein, das einen echten Preis-Leistungs-Wettbewerb ermöglicht.

Beobachter